

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins
Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke
Band: 53 (1962)
Heft: 5

Rubrik: Energie-Erzeugung und -Verteilung : die Seiten des VSE

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Energie-Erzeugung und -Verteilung

Die Seiten des VSE

Fragen der Personenversicherungen in der Elektrizitätswirtschaft

Bericht über die 24. Diskussionsversammlung des VSE vom 23. November 1961 in Zürich und vom 8. März 1962 in Lausanne

368.3 : 621.311.1

Die Diskussionsversammlung über Fragen der Personenversicherungen in der Elektrizitätswirtschaft wurde für deutsch- und französischsprachende Teilnehmer getrennt durchgeführt. Sie fand am 23. November 1961 in Zürich und am 8. März 1962 in Lausanne statt.

An der Versammlung in Zürich nahmen ca. 155 Personen teil; sie wurde von Herrn Direktor E. Schaad, Präsident der Kommission des VSE für Diskussionsversammlungen über Betriebsfragen, geleitet. Als Referenten hatten sich die Herren H. Wisler vom Sekretariat des VSE, Zürich, F. Hauser, Versicherungsbeamter der Bernischen Kraftwerke A.G., Bern, und Dr. E. Zihlmann, Luzern, Präsident der Kommission des VSE für Versicherungsfragen, zur Verfügung gestellt.

Die Versammlung in Lausanne, an der Herr M. Roesgen, Mitglied der Kommission des VSE für Diskussionsversammlungen über Betriebsfragen, den Vorsitz hatte, wurde von ca. 50 Personen besucht. Drei Referate wurden von den Herren H. Wisler vom Sekretariat des VSE, Zürich, P. Pittard, secrétaire général des Services industriels de Genève, Genève, und Dr. E. Zihlmann, Luzern, Präsident der Kommission des VSE für Versicherungsfragen, gehalten.

In der vorliegenden Nummer veröffentlichen wir das Vorwort von Herrn Dir. E. Schaad sowie das Referat, das Herr Wisler in Zürich und Lausanne gehalten hat. Die Referate der Herren Dr. Zihlmann, Hauser und Pittard werden wir in den nächsten Nummern der «Seiten des VSE» wiedergeben.

L'assemblée de discussion sur les assurances de personnes dans le domaine des entreprises d'électricité a eu lieu le 23 novembre 1961 à Zurich pour les participants de langue allemande, et le 8 mars 1962 à Lausanne pour les participants de langue française.

155 personnes prirent part à l'assemblée de Zurich, présidée par M. Schaad, directeur, président de la Commission de l'UCS pour les journées de discussion sur les questions d'exploitation. Trois conférenciers s'étaient mis obligeamment à la disposition des organisateurs: M. H. Wisler du secrétariat de l'UCS, de Zurich, F. Hauser, diplômé en assurances, des Forces Motrices Bernoises S. A., de Berne, et E. Zihlmann, D^r ès sc. écon., de Lucerne, président de la Commission de l'UCS pour les questions d'assurance.

L'assemblée de Lausanne, présidée par M. M. Roesgen, membre de la Commission de l'UCS pour les journées de discussion sur les questions d'exploitation, a réuni quelque 50 participants. Trois conférences furent présentées par MM. H. Wisler du secrétariat de l'UCS, de Zurich, P. Pittard, secrétaire général des Services industriels de Genève, Genève et E. Zihlmann, D^r ès sc. écon., de Lucerne, président de la Commission de l'UCS pour les questions d'assurance.

Nous publions dans le présent numéro l'avant-propos de M. E. Schaad, ainsi que le texte de la conférence que M. Wisler a présentée à Zurich et à Lausanne. Le texte des conférences de MM. Zihlmann, Hauser et Pittard paraîtront dans les prochains numéros des «Pages de l'UCS».

Vorwort

Die Behandlung der heute zur Diskussion stehenden Fragen der Personenversicherungen wurden bereits anlässlich der Versammlung vom 30. Mai dieses Jahres — wo wir uns mit den Sach- und Betriebshaftpflichtversicherungen befassten — in Aussicht genommen. Die Organisation einer solchen Versammlung ist indessen infolge der überall herrschenden Überlastung mit mannigfachen Schwierigkeiten verbunden. Ich möchte gerade deshalb unseren Tagesreferenten gleich im voraus alle Anerkennung für ihre Bereitwilligkeit und den allerbesten Dank für ihre grosse Arbeit aussprechen, die sie neuerdings auf sich genommen haben. Die Vortragenden wissen es gewiss sehr zu schätzen, dass sie — wie wir uns das ja gewohnt sind — wiederum vor einer recht zahlreichen Zuhörerschaft sprechen dürfen. So gebührt denn auch allen Anwesenden unser Dank für die Teilnahme an der heutigen Veranstaltung und das grosse Interesse, das der Sache entgegengebracht wird. Wir dürfen wohl auch hoffen, dass die Referate zu allerlei Fragen und Beiträgen Anlass geben werden und dass damit zum vorneherein mit einer recht lebhaften und interessanten Diskussion gerechnet werden kann.

Meine Damen und Herren! In der Vorbereitungsphase zur heutigen Diskussionsversammlung glaubte ich — allerdings nur so am Rande — mich ebenfalls etwas mit dem Versicherungswesen befassen zu sollen. Dabei interessierte mich — wie bei den Fragen der Sach- und Betriebshaftpflichtversicherungen — in

erster Linie die Entstehungsgeschichte — darüber werden Sie von Herrn Wisler noch hören — und die sich anschliessende Entwicklung. Was ist heute im Versicherungswesen besonders aktuell?, fragte ich mich des weiteren. Sie gestatten mir wohl, einiges von dem zu erzählen, was ich auf diesem oder jenem Wege in Erfahrung bringen konnte. Meine Ausführungen — die sich teilweise auf Informationen von interessierten Fachkreisen stützen — sind mehr allgemeiner Natur und nicht im besonderen auf unsere Werkunternehmungen ausgerichtet. Allfällige Divergenzen mit den Ansichten und Ausführungen der Herren Referenten wären also unter diesem Gesichtswinkel zu betrachten.

Der Zweck des Abschlusses von Personenversicherungen für die Mitarbeiter durch den Arbeitgeber bestand früher in erster Linie darin, langjährige Betriebsangehörige für ihre treue Mitarbeit zu belohnen. Dementsprechend war es auch üblich, die Höhe der Versicherungsleistungen von den im Betrieb zurückgelegten Dienstjahren abhängig zu machen und diese Leistungen nur jenen auszurichten, die dem Betrieb bis zu ihrer Pensionierung bzw. zu ihrem vorzeitigen Tod die Treue hielten.

Im Laufe der Jahre traten weitere Motive für die Schaffung von Personalfürsorgeeinrichtungen hinzu. Zunächst verbreitete sich immer mehr die Auffassung, dass der Arbeitgeber eine moralische Verpflichtung habe, seinen Arbeitnehmern im Alter und dessen Hinterlassenen beim Tode des Ernährers beizustehen.

Diese Pflicht kann nur durch eine organisierte Alters- und Hinterlassenenvorsorge, bei welcher die Lasten auf lange Dauer verteilt werden und an die auch die Arbeitnehmer selbst beizutragen haben, umfassend und betriebswirtschaftlich richtig erfüllt werden. Die Steuergesetze begannen daher schon verhältnismässig bald, den Personalfürsorgeeinrichtungen fiskalische Erleichterungen einzuräumen, und diese fiskalischen Erleichterungen wiederum bewogen viele Betriebe, Alters- und Hinterlassenenvorsorgeeinrichtungen für ihre Arbeitnehmer zu schaffen.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Personalfürsorge immer mehr zu einem Instrument der Personalrekrutierung und der Erhaltung des Personalbestandes. Die zunehmende Verknappung des Angebotes auf dem Arbeitsmarkt führte dazu, dass sich nur noch Betriebe mit ausgebauten Sozialeinrichtungen auf dem Arbeitsmarkt behaupten konnten. Gerade hier möchte ich aber aus eigener Erfahrung die Tatsache nicht verschweigen, dass insbesondere junge Leute in der heutigen Zeit der Hochkonjunktur und des Überangebotes von offenen Stellen kein grosses Interesse an den Pensionskassen bekunden, und zwar aus dem einzigen Grunde, weil auch sie ihre Beiträge zu leisten haben. Es wird mitunter sogar versucht, den Beitritt zu einer solchen Kasse zu umgehen oder mindestens zeitlich hinauszuzögern. Mit zunehmendem Alter allerdings, und besonders wenn für eine Familie gesorgt werden muss, darf dann eher wieder mit einer einsichtigen Haltung solcher Stellenbewerber oder -inhaber gerechnet werden. In einem noch späteren Zeitpunkt hingegen können dann die gleichen Leute nicht genug für die Verbesserung dieser Personalfürsorgeeinrichtungen plädieren.

Ausser den weiter oben angeführten Gründen tritt nun noch ein weiteres Motiv für die Schaffung von Personalversicherungen hinzu, nämlich die Einsicht, dass die Entwicklung der AHV zu einer ausgebauten Volkspensionskasse nur aufgehalten werden kann, wenn die AHV umfassend und wirkungsvoll durch private Vorsorgeeinrichtungen ergänzt wird. Der Chef des eidgenössischen Departementes des Innern, in dessen Ressort die Sozialversicherung gehört, hat sich kürzlich unmissverständlich in diesem Sinne geäussert. Wenn es nicht gelingt, in den nächsten Jahren dem

Grossteil der AHV-Versicherten durch privatwirtschaftliche Massnahmen einen ausreichenden zusätzlichen Versicherungsschutz zu gewähren, wird die AHV den gleichen Weg gehen wie die Sozialversicherungen vieler anderer Länder, so zum Beispiel Deutschlands, wo für die Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenversicherung heute schon 14prozentige Beiträge zu bezahlen sind und bereits die Erhöhung des Beitragsansatzes auf 18 bis 19 % in Aussicht steht.

Aus den nun folgenden Referaten dürfte eindeutig genug hervorgehen, dass bei unseren Unternehmungen, also den Elektrizitätswerken, heute praktisch alle Arbeitnehmer im Genuss eines substantiellen zusätzlichen Versicherungsschutzes gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität stehen. Es darf indessen wohl überlegt werden, ob dieser Schutz in jeder Beziehung genügend ist, und zwar sowohl hinsichtlich seines Ausmasses als auch hinsichtlich des Kreises der erfassten Personen. Dabei muss davon ausgegangen werden, dass die AHV für ordentliche Renten nur eine sehr kurze Karenzfrist kennt, dass sie jedermann, ob krank oder gesund, jung oder alt, zwischen dem 20. und 65. Altersjahr versichert, dass die Höhe der ordentlichen Alters-, Todesfall- und Invaliditätsleistungen nur von einem mindestens einjährigen Versicherungsverhältnis abhängig gemacht wird und dass im Rahmen der AHV volle Freizügigkeit besteht! Es ist daher naheliegend, dass die Personalfürsorgeeinrichtungen der Unternehmungen und Verbände in den genannten Punkten nicht allzuviel hinter der AHV zurückstehen dürfen. Sollte nämlich die Forderung eines Ausbaues der AHV zu einer Volkspensionskasse — allerdings mit höheren Beiträgen — erhoben werden, so würde dies wohl zwangsläufig auch die Frage der weiteren Existenzberechtigung der Betriebs- und Verbandsfürsorgeeinrichtungen aufwerfen.

Meine Damen und Herren! Möglicherweise habe ich damit einige Gesichtspunkte und Probleme aufgezeichnet, mit denen man sich inskünftig und gegebenenfalls auch an der heutigen Diskussionsversammlung auseinanderzusetzen und zu befassen haben wird.

E. Schaad

Präsident der Kommission des VSE für
Diskussionsversammlungen über Betriebsfragen

Grundsätze der Personenversicherung

vom Sekretariat VSE, Zürich (H. Wisler)

Nachdem an der letzten Diskussionsversammlung im Sommer dieses Jahres die Sach- und Vermögensversicherungen behandelt wurden, soll heute das dritte grosse Gebiet aus dem Versicherungswesen, die Personenversicherungen, betrachtet werden. Die folgenden Ausführungen sind in vier Abschnitte unterteilt: In einem ersten Teil werden zunächst die Personenversicherungen und ihre Systematik kurz skizziert, in einem zweiten Teil soll die volkswirtschaftliche Bedeutung der Personenversicherungen zur Sprache kommen, im dritten Teil folgen einige Überlegungen zur Frage staatliche Versicherung/Privatversicherung und im vierten Teil schliesslich wird kurz auf die wichtigsten Arten der Personalversicherungen hingewiesen.

L'assemblée de discussion de l'été dernier était consacrée aux questions de l'assurance de choses et des préjudices de fortune; aujourd'hui, nous nous occuperons du troisième grand domaine d'assurances: l'assurance de personnes. Les considérations qui vont suivre se subdivisent en quatre chapitres: dans une première partie on donne un court aperçu sur les assurances de personnes et leur structure, et dans la seconde on montre l'importance économique de l'assurance de personnes; la troisième partie contient quelques réflexions sur la question des relations entre l'assurance publique et l'assurance privée, la quatrième partie, enfin, est consacrée aux catégories les plus importantes de l'assurance du personnel.

I. Kurze Skizzierung der Personenversicherungen und ihrer Systematik

Wie in der Sachversicherung die Sache, so ist in der Personenversicherung die Person das vom befürchteten Ereignis bedrohte Objekt. Der Tatbestand, wel-

cher den Versicherer leistungspflichtig macht, liegt hier also in einem Personenschaden, wobei die Art des Risikos sehr verschieden sein kann, nämlich z. B.

- Tod
- Invalidität

- Vorübergehende Arbeitsunfähigkeit
- Kosten einer Heilbehandlung
- das Erleben eines bestimmten Alters
- Kosten für Hilfsmittel, wie Prothesen
- Der Verdienstausfall wegen Nichtausnützung der Arbeitsfähigkeit.

Aus dieser Aufzählung geht hervor, dass es sich in der Mehrzahl der Fälle um das Eintreten einer *körperlichen* Beeinträchtigung handelt (vorübergehende Arbeitsunfähigkeit, Invalidität, Tod), in gewissen Fällen verbunden mit dem Ersatz für einen Vermögensschaden, wie z. B. die Übernahme von Arzt- und Arzneikosten in der Krankenversicherung. Von der Risikoseite her gesehen handelt es sich also bei den Personenversicherungen um sehr vielfältige Erscheinungen, was übrigens mit ein Grund sein dürfte, dass es sehr schwer hält, eine klare Systematik der Personenversicherungen aufzustellen. Ein Versuch einer solchen Systematik ist im Anhang unter Ziff. II wiedergegeben (Risikokatalog und Deckungsmöglichkeiten in der Personenversicherung). Die Aufstellung vermittelt schon rein äusserlich gesehen einen Eindruck von der Vielfalt dieser Versicherungen. Es würde zu weit führen, diese Aufstellung im einzelnen zu kommentieren, doch soll anhand eines Beispiels wenigstens kurz auf das Zusammenwirken der verschiedenen Zweige hingewiesen werden. Wir nehmen als Beispiel das Risiko *Tod*, verursacht durch *Unfall*, das im Anhang, Ziff. 1, oben, wiedergegeben ist. Dieses Ereignis berührt die verschiedensten Zweige, nämlich alle unter den Ursachen «allgemein» und «Unfall» aufgeführten, also:

- AHV;
- private Lebensversicherung;
- Pensionskasse;
- eventuell Sterbekasse;
- private Unfallversicherung;
- SUVA;
- und eventuell eine Unfallhilfskasse.

Hat z. B. die Unternehmung einen Entscheid über den Abschluss einer Zusatzunfallversicherung zur SUVA für Tod zu fällen, so wird sie die Leistungen aller dieser Institutionen mitberücksichtigen müssen. Über diese praktischen Fragen wird Ihnen Herr Hauser in seinem Vortrag einiges sagen.

Eine systematische Einteilung der Personenversicherungen könnte auch nach dem Kriterium: obligatorische oder freiwillige Versicherung erfolgen. Obligationen für einen bestimmten Kreis von Personen bestehen bei der AHV, der Invalidenversicherung, der SUVA, der Arbeitslosenversicherung, der Motorradunfallversicherung, der Krankenversicherung und bei den Familienzulagen.

II. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Personenversicherungen

Die gesamten Aufwendungen für Versicherungszwecke beliefen sich im Jahre 1958 in der Schweiz auf insgesamt 4092 Millionen Franken oder 14,3 % des Nettosozialproduktes. Auf die einzelnen Risikogruppen verteilt sich diese Summe wie folgt:

Personenversicherungen:	3544 Millionen Franken	oder 86 %
Haftpflicht:	234 Millionen	oder 6 %
Feuer:	153 Millionen	oder 4 %
andere Sach- und Vermögensrisiken:	161 Millionen	oder 4 %

Die Prämien und Beiträge für Personenversicherungen, mit Einschluss der staatlichen Zuschüsse, ergeben

pro Haushaltung gerechnet einen Betrag von Fr. 2428.— pro Jahr.

Daraus ist zu ersehen, welche wichtige Rolle die Personenversicherungen spielen. Wenn dies im allgemeinen nicht augenfällig wird, so deshalb, weil die Beiträge für viele Zweige der Personenversicherung (z. B. AHV, Pensionskasse, Gruppenversicherung, obligatorische Unfallversicherung) teilweise vom Arbeitgeber aufgebracht oder direkt vom Lohn abgezogen werden und weil schliesslich wesentliche staatliche Zuschüsse dazu kommen.

Von den 3544 Millionen Franken für Personenversicherungen entfielen 2440 Millionen Franken oder rund 69 % auf die Altersfürsorge, d. h. Lebensversicherungen, AHV und Pensionskassen, 528 Millionen Franken oder 15 % auf Krankenversicherungen, 451 Millionen Franken oder 13 % auf Unfallversicherungen (SUVA, private Unfallversicherung, lokale Unfallkassen), 92 Millionen Franken oder 2 % auf Familienausgleichskassen und 33 Millionen Franken oder 1 % auf Arbeitslosenversicherungen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass Versicherungen für die *Zukunft* abgeschlossen werden, indem die Prämien voranzuzahlen sind, die Leistungen aber erst später erfolgen. Dies gilt ganz besonders für alle Versicherungen, die eine Sparkomponente enthalten, wie z. B. Lebensversicherungen. Ende 1958 beliefen sich die Rückstellungen für künftige Leistungen bei der Lebensversicherung auf 5,6 Milliarden Franken, bei der AHV auf 4,86 Milliarden Franken, bei den Pensionskassen auf 7,9 Milliarden Franken und die versicherungstechnischen Rücklagen der SUVA auf 1,2 Milliarden Franken. Dazu kommt das Vermögen der Krankenkassen und des Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung. Die Ausgleichsfunktion dieser Rückstellungen ist volkswirtschaftlich von grösster Bedeutung, namentlich im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf den Kapitalmarkt.

III. Staatliche Versicherung — private Versicherung

Kennzeichnend für die Personenversicherung ist der relativ starke Einfluss der öffentlichen Hand. Die Gründe, die den Staat veranlassen haben, in den verschiedenen Versicherungssparten seinen Einfluss geltend zu machen, waren im einzelnen Fall recht verschiedenartig. Immer war es aber wohl das Bestreben, die soziale Stellung der Versicherten zu festigen oder zu heben, die Notwendigkeit, eine erweiterte Solidarität zu fördern, sowie das Bedürfnis des Staates, sich als Gegenleistung für direkte finanzielle Unterstützungen einen massgeblichen Einfluss *dort* zu wahren, wo er nicht selber die Versicherung organisierte.

Betrachten wir die Personenversicherungen vom Standpunkt aus, in welchem Masse sich bei ihnen der öffentliche Einfluss geltend macht, so können wir 3 Gruppen von Versicherungen unterscheiden:

1. Versicherungen, die durch öffentlich-rechtliche Institutionen betrieben werden.
2. Private Institutionen mit direkter Einflussnahme der öffentlichen Hand und
3. ausschliesslich private Institutionen. Allgemein ist dazu zu sagen, dass der Bund durch seine Aufsichtsfunktion seinen Einfluss auf das gesamte Versicherungswesen ausübt, mit Ausnahme der örtlich oder im Personenkreis begrenzten Versicherungsinstitutionen, wie z. B. Pensionskassen.

Zur ersten Gruppe von Versicherungen, die durch öffentlich-rechtliche Institutionen betrieben werden, zählen die AHV, die Invalidenversicherung, die SUVA. Der zweiten Gruppe, derjenigen der Privatversicherung mit Einflussnahme der öffentlichen Hand, sind namentlich die privaten anerkannten Krankenkassen, der dritten Gruppe, der reinen Privatversicherung, die nicht anerkannten Krankenkassen, die private Krankenversicherung, die private Lebensversicherung, die private Unfallversicherung usw. zuzuzählen. Ein Überblick über die verschiedenen Leistungen der Personenversicherungen, nämlich: Krankenpflege, Taggeld für Verdienstausschlag bei Krankheit und Unfall, Entschädigung für Ableben und Erleben, Tod und Invalidität usw. zeigt, dass überall sowohl öffentliche als auch private Versicherungseinrichtungen bestehen. Daraus ergibt sich das Bild einer äussersten Vielgestalt der schweizerischen Personenversicherung.

Sieht man von der obligatorischen Unfallversicherung ab, die der SUVA, einer eigens geschaffenen Zentralanstalt, übertragen wurde, so bediente sich der Bund für die Durchführung der Sozialversicherungszweige in vielen Fällen bereits bestehender Institutionen: bei der Krankenversicherung der Krankenkassen, bei der Arbeitslosenversicherung der Arbeitslosenkassen, bei der AHV der privaten und öffentlichen Ausgleichskassen. Durch die Verstaatlichung der Arbeiterunfallversicherung, d. h. die Schaffung der SUVA, wurden seinerzeit bestehende Versicherungsverträge mit privaten Gesellschaften aufgehoben und das private Versicherungsgewerbe betroffen. Andererseits sind von der Schaffung neuer Zweige der staatlichen Versicherung günstige Einflüsse auf die private Versicherung ausgegangen; so ist z. B. durch die AHV der Versicherungsgedanke weiten Kreisen der Bevölkerung näher gebracht worden.

Es besteht kein Zweifel, dass auf gewissen Gebieten der Versicherung die Einflussnahme des Staates notwendig ist, namentlich dann, wenn es um die wirtschaftliche Stärkung oder Hebung bedürftiger Bevölkerungskreise geht. Andererseits muss man sich der Grenzen staatlicher Sozialmassnahmen bewusst sein. Je mehr dem Staat die Sorge für die Zukunft überbunden wird, desto mehr besteht die Gefahr, dass sich der Einzelne auf diese Hilfe verlässt und sich mit ihr zufrieden gibt. Bei jeder Versicherungsmassnahme müssen deshalb die Vor- und Nachteile und das Ausmass eines eventuellen staatlichen Einflusses für die Volkswirtschaft genau geprüft werden. Wo die Grenze liegt, ist im Einzelfall schwer zu entscheiden. Einen guten Weg hat man zweifellos bei der Schaffung der AHV eingeschlagen, bei welcher sich der Staat darauf beschränkt, einen Basisbedarf zu decken, wobei die zusätzliche Vorsorge dem Einzelnen überlassen wird.

IV. Personalversicherungen

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass es sich bei den Personenversicherungen um die Behandlung derjenigen Risiken handelt, die die natürlichen Personen betreffen. Unter allen diesen Risiken können im wesentlichen zwei Gruppen unterschieden werden, nach dem Kriterium nämlich, ob es sich um Risiken handelt, bei denen im allgemeinen die Unternehmung in irgend einer Form mitwirkt oder nicht. Wo dies der Fall ist, und allein diese Versicherungen interessieren uns heute, sprechen wir von sog. *Personalversicherungen*. Im folgenden wird also auf die Behandlung aller anderen

Versicherungen, wie Militärversicherung, private Lebensversicherung, private Unfallversicherung, nicht eingetreten. Ebenfalls wird auf die Behandlung der Arbeitslosenversicherung verzichtet, da dieser heute keine praktische Bedeutung zukommt. Eine Umfrage im Jahr 1956 bei den Mitgliedern des VSE bezüglich der Schaffung einer eigenen Arbeitslosenversicherungskasse hat übrigens gezeigt, dass bei den Elektrizitätswerken für eine solche Kasse kein genügend grosses Interesse besteht. Bei den Krankenkassen bezahlen einzelne Elektrizitätswerke Beiträge, weshalb wir in unserer nachstehenden Betrachtung diese Versicherung kurz berühren werden.

Eine systematische Unterteilung aller vorkommenden Personalversicherungen ist, genau wie die Unterteilung der Personenversicherungen, nicht sehr einfach. In der Aufstellung «Personenversicherungen» (Anhang Ziff. I) sind die drei Hauptursachen, aus denen heraus ein Versicherungsbedürfnis entsteht — Unfall, Krankheit und Alter — sowie die entsprechenden Versicherungsinstitutionen dargestellt. Die Erwerbersatzordnung und die Familienzulagen wurden bewusst nicht aufgeführt. Zwar werden diese beiden Institutionen allgemein ebenfalls zur Personalversicherung gezählt, weil der Arbeitgeber Beiträge daran leistet und ihr Objekt eine Person ist; Personenversicherungen im eigentlichen Sinne des Wortes stellen aber beide *nicht* dar.

Wenden wir uns zunächst der ersten Gruppe zu.

1. Obligatorische Unfallversicherung

Die Tatsache, dass der Fabrikarbeiter erheblichen Unfallgefahren ausgesetzt ist, hat seinerzeit dazu geführt, dass durch die Fabrikgesetzgebung und gewisse Spezialgesetze (in unserem Falle z. B. durch das Elektrizitätsgesetz) dem Unternehmer die Kausalhaftung für Unfälle seines Personals auferlegt wurde. Der Unternehmer haftete also auch ohne Verschulden. Dies führte zu einer Unzahl von Zivilprozessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wodurch der soziale Friede gestört wurde. Ein Teil der Unternehmer begegnete dieser Kausalhaftung durch den Abschluss von Haftpflicht- oder Kollektiv-Unfallversicherungen für das Personal gegen Betriebsunfälle.

Mit dem Inkrafttreten des KUVG vom 13. Juni 1911, das die Einführung der obligatorischen Unfallversicherung brachte, konnten diese unbefriedigenden Verhältnisse eliminiert werden. Gemäss KUVG wird der Arbeitgeber nicht nur um Umfänge der SUVA-Leistungen entlastet, sondern in seiner Haftpflicht auch für den durch die obligatorische Unfallversicherung nicht gedeckten Schaden. Für diesen haftet er nur, wenn er ihn grobfahrlässig oder absichtlich herbeigeführt hat. Ebenso hat in diesem Falle die SUVA für ihre Leistungen ein Regressrecht.

Die obligatorische Unfallversicherung besteht kraft des Anstellungsverhältnisses und von Gesetzes wegen und bedarf somit nicht des Abschlusses eines Versicherungsvertrages. Mit der Durchführung der Versicherung ist die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt mit Sitz in Luzern betraut. Sie ist ein autonomes Institut, das zwar der Oberaufsicht des Bundesrates untersteht, aber von der Bundesverwaltung unabhängig ist. Eventuelle Betriebsüberschüsse bleiben dem Anstaltszweck erhalten, fliessen also weder der Bundeskasse noch Dritten in Form von Dividenden, Tantiemen oder dergleichen zu.

Die obligatorische Unfallversicherung ist begrenzt auf die unterstellungspflichtigen Betriebe. Grundsätzlich erfolgt die obligatorische Versicherung eines Betriebes in seiner Gesamtheit, mit allen Hilfsbetrieben und Nebenarbeiten. Einzelne Betriebsteile können vom Obligatorium ausgenommen werden, unter der Bedingung, dass kein Angestellter oder Arbeiter dieses Betriebsteiles mit den Gefahren des versicherungspflichtigen Betriebes in Berührung kommt.

Die SUVA versichert gegen Betriebs- und Nichtbetriebsunfälle. Die Versicherung der Nichtbetriebsunfälle ist obligatorisch, ganz gleich wie die Versicherung der Betriebsunfälle und weder der Betriebsinhaber noch der Versicherte können auf die Nichtbetriebsunfallversicherung verzichten.

Die Prämien der Betriebs- und Nichtbetriebsunfallversicherung der SUVA werden nach *verschiedenen* Grundsätzen berechnet: bei der Betriebsunfallversicherung besteht eine Einteilung in Gefahrenklassen, je nach der Art des Betriebes, wobei jede Gefahrenklasse noch in Gefahrenstufen unterteilt ist. Im Rahmen dieser Gefahrenstufen hat es jede Gruppe von Betrieben bzw. jeder Betrieb in der Hand, je nach dem Verlauf der Versicherung Prämienermässigungen zu erreichen. Bei der Nichtbetriebsunfallversicherung ist der Tarif für *alle* unterstellten schweizerischen Unternehmungen der gleiche. Die Prämien für die Nichtbetriebsunfallversicherung können vom Arbeitgeber auf den Arbeitnehmer abgewälzt werden.

Die Versicherungsleistungen der SUVA bestehen in:

- der Krankenpflege und dem Krankengeld
- den Invalidenrenten
- der Bestattungsentschädigung
- den Hinterlassenenrenten
- der Übergangsentschädigung beim Ausschluss von der den Versicherten gefährdenden Arbeit.

Die Leistungen der SUVA decken prozentual nicht den vollen Lohn- und Erwerbsausfall bzw. Versorger-schaden. Dazu kommt, dass bei der Festsetzung der Entschädigungen nur ein begrenzter Verdienst berücksichtigt wird, gegenwärtig Fr. 12 000.— pro Jahr. Diese Tatsache legt es nahe, dass für das Personal Zusatzversicherungen abgeschlossen werden. Eine solche Möglichkeit bietet auch der Verbandsvertrag über die Haftpflicht- und Unfallversicherung der Elektrizitätswerke.

2. Krankheit

Bei der Krankenversicherung besteht kein eidgenössisches Obligatorium wie bei der Unfallversicherung. Das KUVG sieht dagegen vor, dass die Kantone Krankenversicherungen allgemein oder für einzelne Bevölkerungskreise obligatorisch erklären können, wobei sie ihrerseits diesen Entscheid auch den Gemeinden überlassen dürfen. Dort wo eine Versicherungspflicht besteht, gilt sie meist für jene Einwohner, die gewisse Mindesteinkommensgrenzen nicht erreichen. Der Anteil der einem kantonalen oder lokalen Obligatorium unterstehenden Versicherten dürfte in der Schweiz kaum mehr als $\frac{1}{3}$ aller Pflegeversicherten ausmachen.

Die Krankenversicherung wird zur Hauptsache durch private und öffentliche Krankenkassen auf der Grundlage des Bundesgesetzes über die Kranken- und Unfallversicherung betrieben. Gemäss den Bestimmungen des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes fördert der Bund die Krankenversicherung durch die Gewährung von Beiträgen an anerkannte Kranken-

kassen. Anspruch auf Anerkennung haben diejenigen Kassen, die den gesetzlichen Anforderungen hauptsächlich inbezug auf ihre Mindestleistungen sowie ihre finanzielle Sicherheit entsprechen.

1959 bestanden in der Schweiz 1098 anerkannte Krankenkassen mit insgesamt 4,3 Millionen Versicherten. Davon waren 1,7 Millionen Männer, 1,6 Millionen Frauen und 1 Million Kinder. Über 80 Prozent des Schweizervolkes sind also in anerkannten Krankenkassen versichert, wobei allerdings in der Krankenpflegeversicherung, dass heisst der Versicherung für Arzt- und Arzneikosten, nur etwas mehr als zwei Drittel der Bevölkerung geschützt sind. Bei den anerkannten Kassen handelt es sich zumeist um private Institutionen. Nur rund ein Fünftel aller schweizerischen Krankenkassen sind öffentliche, also staatliche Kassen, etwa ein Drittel machen die Betriebskassen aus, während alle übrigen — seien sie örtlich, regional oder gesamtschweizerisch organisiert — private Vereine, Genossenschaften oder Stiftungen sind.

Über die reinen Krankheitsleistungen hinaus gewähren die Krankenkassen ihre Leistungen grundsätzlich auch bei Unfällen. Unfall- und Haftpflichtversicherungen sind aber in der Regel vorleistungspflichtig, so auch die SUVA. Bei SUVA-Versicherten kann also gesagt werden, dass die Krankenkassen praktisch nur für *Krankheitsleistungen* und nicht für Unfälle aufzukommen haben.

Eine für die Versicherten wertvolle Koordination ist durch den Abschluss einer Rahmenvereinbarung zwischen der SUVA und dem Konkordat der schweizerischen Krankenkassen geschaffen worden. Die diesem Abkommen beitretenden Krankenkassen verpflichten sich, wenn eine Unsicherheit der Rechtslage über die Leistungspflicht des einen oder anderen Versicherungszweiges (also Unfall oder Krankheit) besteht, dem Versicherten vorläufig die statutarischen Leistungen zu erbringen. Ist der Fall abgeklärt, wird eine nachträgliche Leistungsbereinigung zwischen den beiden Versicherungsträgern durchgeführt. Mit dieser Lösung wird die Möglichkeit beseitigt, dass der am Grenzstreit unschuldige Versicherte der Leidtragende solcher oft jahrelang dauernder Grenzbereinigungen wird. Noch ein Wort zu der privaten Krankenversicherung: Verglichen mit der Krankenversicherung bei anerkannten Krankenkassen tritt die private Krankenversicherung umfangmässig stark zurück, doch ist auch hier in den letzten Jahren eine wachsende Verbreitung festzustellen, besonders in den Mittelstandskreisen, an die sie sich vornehmlich wendet. Ihre wesentlichsten Kennzeichen sind: Möglichkeit eines umfassenden Versicherungsschutzes, Ausschaltung der sog. Bagatellschäden.

3. Alters- und Hinterlassenenversicherung

Im Jahre 1911 richtete der Bundesrat eine Botschaft betr. die Einführung des Gesetzgebungsrechtes über die Invaliden-, Alters- und Hinterlassenenversicherung an die eidg. Räte. Die Verfassungsgrundlage wurde am 6. Dezember 1925 durch Volk und Stände gutgeheissen. Ein erster Entwurf zu einem Ausführungsgesetz scheiterte in der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1931. Eine neue Welle zugunsten der Einführung einer eidg. Altersversicherung wurde durch den zweiten Weltkrieg, namentlich durch das gute Funktionieren der Lohn- und Verdienstaufallkassen, ausgelöst. Das AHV-Gesetz wurde in der Volksabstimmung vom 20. Dezem-

ber 1946 mit grossem Mehr angenommen und auf den 1. Januar 1948 in Kraft gesetzt.

Die eidgenössische AHV bezweckt grundsätzlich einen sich in bestimmten Grenzen haltenden Ausgleich der ökonomischen Folgen, die sich aus dem Nachlassen oder Wegfall der Erwerbsfähigkeit im Alter und aus dem durch Tod verursachten Ausfall des Versorgers ergeben. Demzufolge richtet die AHV Leistungen an Alte und Hinterlassene aus.

Ziel der AHV ist es nicht, den durch Alter oder Tod bedingten Erwerbsausfall *voll* zu ersetzen. Die AHV muss sich vielmehr darauf beschränken, nach Möglichkeit den dringendsten Lebensunterhalt der Betroffenen sicherzustellen und sie vor Not zu bewahren. Sie beruht auf dem Prinzip des Volksobligatoriums. Die Versicherungsbedingungen sind für alle Versicherten einheitlich geregelt.

Bei der Ausrichtung der Renten berücksichtigt die AHV in starkem Masse das Sozialprinzip, indem die Renten nicht proportional zu den Beiträgen ansteigen, sondern in einer Weise festgesetzt werden, dass die Versicherten mit den höchsten Beiträgen die verhältnismässig niedrigsten Leistungen, die Versicherten mit den niedrigsten Beiträgen die verhältnismässig höchsten Leistungen erhalten. So beträgt beispielsweise die volle Ehepaar-Altersrente bei einem durchschnittlichen Jahreslohn von Fr. 8000.—, Fr. 3216.—; bei einem durchschnittlichen Jahreslohn von Fr. 20 000.—, Fr. 3840.—. Das Maximum von Fr. 3840.— wird bereits bei einem Jahreslohn von Fr. 15 000.— erreicht.

Grundlage für die Berechnung der ordentlichen Renten ist der durchschnittliche Jahresbeitrag des Versicherten; dieser wird ermittelt auf Grund der individuellen Beitragskonten, denen alle von einem Versicherten und seinen Arbeitgebern für ihn bezahlten Beiträge gutgeschrieben werden. Bei der Berechnung der Ehepaar-Altersrenten und der Hinterlassenenrenten werden allfällige Beiträge der Ehefrau zu denen des Ehemannes hinzugezählt. Für den sozialen Ausgleich zugunsten der wirtschaftlich Schwachen setzt die öffentliche Hand beträchtliche Mittel ein.

Wie bereits erwähnt, wurde die Alters- und Hinterlassenenversicherung von allem Anfang an als Basisversicherung konzipiert und die Anpassung an die spezifischen Bedürfnisse und Gegebenheiten der sog. *AHV-ergänzenden Alters- und Hinterlassenenvorsorge* vorbehalten. Unter dieser verstehen wir alle Massnah-

men, welche Unternehmungen sowie Unternehmer und Personalverbände zum Schutze bestimmter Personalkategorien gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter und Tod ergriffen haben. In Frage kommen Pensionskassen- und Gruppenversicherungen. Die Zahl der heute bestehenden Einrichtungen der AHV-ergänzenden Alters- und Hinterlassenenvorsorge darf auf etwa 12...13 000 beziffert werden.

4. Invalidenversicherung

Wie Sie aus der Aufstellung betr. Personenversicherungen (Anhang Ziff. II) ersehen haben, steht die Invalidenversicherung in der Systematik zwischen Unfall, Krankheit und Alter, da bei ihr nicht auf die Ursache der Invalidität abgestellt wird.

Vor dem Inkrafttreten der Eidg. Invalidenversicherung, also vor dem 1. Januar 1960 bestand für Invaliditätsfälle nur dann Deckung, wenn diese die Folge eines versicherten Unfalles oder einer durch die Militärversicherung gedeckten Krankheit waren. Für Invaliditätsfälle als Folge einer Krankheit bestand also, wenn man von den Fällen der Millionenversicherung absieht, keine Deckung.

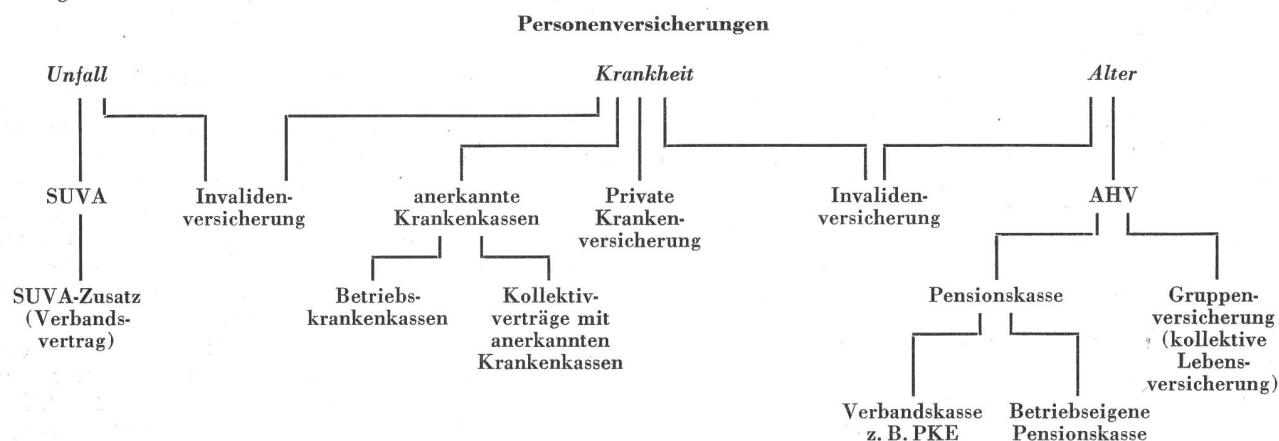
Seit dem 1. Januar 1960 schliesst die Eidg. Invalidenversicherung hier eine stark empfundene Lücke. Sie erfasst als Sozialversicherung alle durch die Alters- und Hinterlassenenversicherung versicherten Personen und kennt folgende Leistungen:

- Invalidenrenten und Hilfflosenentschädigungen;
- Taggelder während den Untersuchungs-, Warte- und Anlernzeiten sowie für die Zeit der Arbeitsvermittlung;
- Eingliederungsmassnahmen (Massnahmen medizinischer oder beruflicher Art sowie Sonderschulung, Massnahmen für bildungsunfähige Minderjährige);
- Hilfsmittel.

Der Zweck der Invalidenversicherung besteht in erster Linie darin, dem Invaliden bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess zu helfen, wobei die Invalidenversicherung während dieser Zeit Taggelder bezahlt und Kosten von Eingliederungsmassnahmen übernimmt. Erst nach Abschluss dieser Massnahmen werden Invalidenrenten ausgerichtet.

Damit ein Anspruch auf eine Rente entsteht muss der Versicherte mindestens zur Hälfte invalid sein. In Härtefällen kann die Rente auch bei einer Invalidität von mindestens 40 % gewährt werden.

Anhang I



Risikokatalog und Deckungsmöglichkeiten in der Personenversicherung

(Nach Steinlin, Das Versicherungswesen der Schweiz, Zürich/St. Gallen 1961)

<i>Risiko</i>	<i>Ursache</i>	<i>Deckung durch</i>
a) Tod	allgemein	— AHV — Private Lebensversicherung — Pensionskassen (öffentliche und private) — Sterbekassen (evtl. angegliedert an Krankenkassen) — Private Lebensversicherung (Zusatzversicherung) — Private Unfallversicherung — SUVA — Unfallhilfskassen
	Unfall	— Private Lebensversicherung (Zusatzversicherung) — SUVA (Betriebskrankheiten) — Krankenkassen (Sterbegeld)
	Krankheit	— Invalidenversicherung — Private Lebensversicherung — Pensionskassen (öffentliche und private) — Private Unfallversicherung — SUVA — Unfallhilfskassen — Private Krankenversicherung (Zusatzversicherung) — Krankenkassen — Private Krankenversicherung — Private Lebensversicherung (Zusatzversicherung)
b) Invalidität (dauernde Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit)	allgemein	— Private Lebensversicherung (Zusatzversicherung) — Krankenkassen (Krankengeld), evtl. auf Krankheit beschränkt — Private Unfallversicherung — SUVA — Unfallhilfskassen — Private Lebensversicherung (Zusatzversicherung) — Krankenkassen — Unfallhilfskassen
	Unfall	— Private Krankenversicherung — Private Lebensversicherung (Zusatzversicherung) — SUVA (Berufskrankheiten) — Eidg. Invalidenversicherung — SUVA (Silikose) — Krankenkassen — Private Krankenversicherung
	Krankheit	— Eidg. Invalidenversicherung (im Zusammenhang mit Wieder-eingliederung) — Krankenkassen (sofern nicht auf Krankheit beschränkt) — Private Unfallversicherung — SUVA — Unfallhilfskassen — evtl. Krankenkassen — Private Krankenversicherung (Zusatzversicherung) — Krankenkassen (Krankenpflege) — Private Krankenversicherung — Private Lebensversicherung (Zusatzversicherung) — SUVA (Berufskrankheiten) — Krankenkassen — Private Krankenversicherung
c) Vorübergehende Arbeitsunfähigkeit	allgemein	— Private Lebensversicherung (Gesundheitsdienst) — SUVA (Silikose-Untersuchung) — Krankenkassen (Tuberkulose-Versicherung)
	Unfall	— Eidg. Invalidenversicherung — Krankenkassen — Private Unfallversicherung — SUVA — Unfallhilfskassen
	Krankheit	— AHV — Private Lebensversicherung — Pensionskassen (öffentliche und private) — Arbeitslosenversicherung — Erwerbsersatzordnung — SUVA (Silikose) — Familienausgleichskassen
	Umschulung bzw. Wieder-eingliederungsmassnahmen Wochenbett	
d) Kosten der Heilbehandlung (Arzt, Arznei Spital, Kuren, Massage, Pflegekosten usw.)	allgemein	
	Unfall	
	Krankheit	
	Wochenbett	
e) Kosten der Gesundheitskontrolle und Gefährdung	allgemein	
f) Kosten für Hilfsmittel und Spesen (z. B. Prothesen)	allgemein	
	Unfall	
g) Erleben (= Alter bzw. Ablauf einer Versicherungsperiode)	allgemein	
h) Verdienstausfall wegen Nichtausnutzung der Arbeitsfähigkeit	Konjunktur- bzw. anderer Ausfall der Arbeitsmöglichkeit	
i) Familienlasten	Gesundheitsgefährdung	

Adresse des Autors: Sekretariat des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke, Bahnhofplatz 3, Zürich 1.

Aus dem Kraftwerksbau

Inbetriebnahme des Kraftwerkes Göschenen Stufe Göscheneralp-Göschenen

Im April 1961 konnte auf der Stufe Andermatt-Göschenen des neuen Kraftwerkes Göschenen der Betrieb aufgenommen werden. Auf der Stufe Göscheneralp-Göschenen hingegen ergab sich die Notwendigkeit zu umfangreichen und zum Teil sehr schwierigen Ergänzungsarbeiten (Panzerung des Wasserschlosses und Verstärkung der Stollenauskleidung). Diese Arbeiten konnten nun vor kurzem abgeschlossen werden. Kürzlich wurde der Stollen unter Druck gesetzt. Unmittelbar nachher sind die Maschinen-

versuche aufgenommen worden. Heute stehen im Kraftwerk Göschenen, zusammen mit den bereits letztes Jahr in Betrieb gesetzten beiden Maschinen, sämtliche sechs Maschinengruppen für die Energieproduktion zur Verfügung. Mit der Mehrproduktion der unterliegenden Kraftwerke Wassen und Amsteg werden durch das Kraftwerk Göschenen jährlich ca. 525 Millionen kWh Energie erzeugt.

Der Stausee auf Göscheneralp war fast während des ganzen Winters gefüllt. Die eingehenden Messungen und Kontrollen haben gezeigt, dass der Staudamm den Erwartungen vollständig entspricht und dicht ist.

Wirtschaftliche Mitteilungen

Die Stromerzeugung in den Wärmekraftwerken der UCPTÉ-Länder im Jahre 1960

[Nach: Jahresbericht der UCPTÉ 1960—1961]

1. Vorwort

In einem im Bulletin Trimestriel II-1960 der UCPTÉ veröffentlichten Aufsatz wurde für das Jahr 1960 der Einsatz der Wärmekraftwerke in den UCPTÉ-Ländern vorausgeschätzt.

Die Höchstlast der Wärmekraftwerke ist sehr stark von der in den Alpenländern verfügbaren Wasserkraftenergie abhängig. Nun war das Jahr 1960, vor allem in der zweiten Hälfte, durch Wasserverhältnisse gekennzeichnet, die weit über dem langjährigen Mittelwert lagen. Es ist deshalb interessant, die Vorausschau des oben erwähnten Berichtes den tatsächlichen Verhältnissen gegenüberzustellen.

Ein derartiger Vergleich wurde seit 1953 für jedes abgelaufene Jahr durchgeführt. Für das Jahr 1959 wurde diese Gegenüberstellung durch einen Rückblick auf die Jahre 1955 bis 1959 ergänzt und im Jahresbericht 1959—60 der UCPTÉ veröffentlicht.

Die Untersuchung für das Jahr 1960 erstreckt sich auf die Länder: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande und Österreich. Sie umfasst den grössten Teil der Wärmekraftwerke der einzelnen Länder, und zwar alle öffentlichen Kraftwerke und für manche Länder auch die Eigenanlagen der Industrie. Alle in diesem Bericht für die Leistung angegebenen Werte sind Nettowerte für den Höchstlasttag der dritten Woche jedes Monats.

Die grundlegenden Werte sind in Tab. I wiedergegeben.

2. Entwicklung der Höchstlast des Gesamtverbrauches

Die Höchstlast des Gesamtverbrauches der 7 Länder zusammen, die teils von den Wärmekraftwerken, teils von anderen Kraftwerken gedeckt wird, erreichte ausser im Juni, August und November die Werte der Vorausschau oder war höher. Im Januar und Dezember deckten sich die Werte praktisch mit der Vorausschau.

Die Überschreitung der Vorausschau im September und Oktober war vor allem auf die ungewöhnlich hohe Verfügbarkeit an Wasserkraftenergie zurückzuführen, die es ermöglichte, die Saisonlieferungen an die Elektrochemie länger aufrechtzuerhalten.

Mittlerer prozentualer Zuwachs der Höchstlast für die 12 Monate 1960 gegen 1959

Tabelle II

	vorausgeschätzt	tatsächlich
BR Deutschland	10,5	10,4
Österreich	10,3	7,6
Belgien	10,2	8,6
Frankreich	9,1	9,6
Italien	7,0	12,3
Luxemburg	12,0	6,7
Niederlande	8,0	9,2
Summe 7 Länder	9,0	10,9

Der für die zwölf Monate und für jedes Land errechnete mittlere Zuwachs der Höchstlast ist in Tab. II angegeben. Er war in Italien besonders hoch und erreichte 12,3 % gegenüber 7,0 % nach der Vorausschau.

3. Wasserverhältnisse

In Tab. III sind für die Alpenländer und die Angrenzer die Indizes der hydraulischen Stromerzeugung angegeben, die für den jeweiligen Anlagenbestand das Verhältnis der tatsächlichen Erzeugungsmöglichkeit eines Monats und des langjährigen Mittelwertes der Erzeugungsmöglichkeit desselben Monats ausdrücken. Diese Zahlentafel wurde durch die Indizes der hydraulischen Stromerzeugung der Schweiz ergänzt, die ohne Zweifel Rückwirkungen auf die Belastung der Wärmekraftwerke in den Nachbarländern hatte.

Die Wasserverhältnisse lagen für die Länder zusammen im ganzen Jahr über dem langjährigen Mittel; sie waren in Frankreich und Italien, vor allem im zweiten Halbjahr und besonders im Oktober, ungewöhnlich gut. In manchen Gebieten Italiens konnten solch gute Wasserverhältnisse seit 40 Jahren nicht festgestellt werden. In Deutschland, Österreich und der Schweiz entsprachen sie im ersten Halbjahr etwa dem langjährigen Mittel und lagen im zweiten Halbjahr darüber.

Index der Wasserkraftstromerzeugung im Jahre 1960

Tabelle III

	Deutsch-land	Öster-reich	Frank-reich	Italien	Summe 4 Länder	Schweiz
Januar	0,91	1,00	1,40	1,24	1,24	1,16
Februar	0,95	0,98	1,33	1,39	1,28	1,01
März	1,06	1,19	1,26	1,28	1,23	1,08
April	0,79	0,99	0,87	1,28	1,06	0,88
Mai	0,97	1,01	0,98	1,30	1,12	1,10
Juni	1,03	1,04	1,02	1,27	1,14	1,11
Juli	1,07	1,09	0,98	1,17	1,09	0,97
August	1,20	1,15	1,28	1,19	1,22	1,12
September	1,11	1,17	1,32	1,42	1,34	1,10
Oktober	1,34	1,30	2,05	1,82	1,79	1,37
November	1,19	1,22	1,59	1,58	1,51	1,34
Dezember	0,98	1,15	1,18	1,52	1,30	1,21
Jahr	1,05	1,12	1,23	1,36	1,25	1,10

4. Höchstlast der Wärmekraftwerke

Die Höchstlast der Wärmekraftwerke ist abhängig von der Höhe der Verbrauchslast der Länder und in einigen unter ihnen auch von den Wasserverhältnissen. Wie aus Tab. IV hervorgeht, waren die Einflüsse dieser beiden Faktoren gegenläufig. Im ersten Halbjahr wurde der Zuwachs der Höchstlast des Verbrauches, der meist höher war als vorausgeschätzt, für die Länder zusammen von der erhöhten Stromerzeugung der Wasserkraftwerke aufgenommen, so dass die Last der Wärmekraftwerke etwa die Höhe der Schätzung für mittlere Wasserverhältnisse annahm.

Im zweiten Halbjahr hatten die aussergewöhnlich guten Wasserverhältnisse sogar einen entscheidenden Einfluss auf die Versorgung, und die Last der Wärmekraftwerke lag weit unter der

Einsatz der Wärmekraftwerke in den 7 Ländern zusammen im Jahr 1960 (Werte in MW)

Tabelle I

Monat	12/1959	1/1960	2/1960	3/1960	4/1960	5/1960	6/1960	7/1960	8/1960	9/1960	10/1960	11/1960	12/1960	Summe 1960
Wasserverhältnisse a_1		m s	m s	m s	m s	m s	m s	m s	m s	m s	m s	m s	m s	m s
Koeffizient der Erzeugungsmöglichkeit a_2	t 1,27	1,24	1,28	1,23	1,06	1,12	1,14	1,09	1,22	1,34	1,79	1,51	1,30	1,25
Höchstlast des Gesamtverbrauches A_1	v	39656	37255	35844	35618	36177	36231	35276	32947	37344	38311	41293	43630	
A_2	t 40302	39667	38253	36600	35967	36541	36018	35840	32884	38417	39155	40732	43643	
Höchstlast der Wärmekraftwerke b_1	v	22836 24731	21105 22450	19214 20699	18133 19398	17507 18662	16731 17766	16771 18301	17312 18437	20664 22239	21881 23826	23523 25993	25455 27660	
b_2	t 23219	22845	21304	18406	18013	17803	17194	17131	15308	18832	18982	20322	24057	
Betriebsreserve c_1		4280 4030	4085 3830	4025 3660	4155 3865	4210 4065	4060 3935	3955 3845	4125 3900	4580 4130	4610 4190	4800 4200	4645 4380	
Für die vorgesehene Belastung erforderliche Kraftwerksleistung $d_1 = b_1 + c_1$		27116 28761	25190 26280	23239 24359	22288 23263	21717 22727	20791 21701	20726 22146	21437 22337	25244 26369	26491 28016	28323 30193	30100 32040	
Engpassleistung der Wärmekraftwerke (Anlagenbestand) e_1	v	30999	31254	31484	31714	31969	32279	32474	32624	32789	33334	33474	33519	
e_2	t 30634	31079	31244	31459	31609	31824	32044	32374	32374	32744	33079	33079	33404	
Fiktives Überholungsprogramm $f_1 = e_1 - d_1$		3883 2238	6064 4974	8245 7125	9426 8451	10252 9242	11488 10578	11748 10328	11187 10287	7545 6420	6843 5318	5151 3281	3419 1479	95251 79721
Wegen Überholungsarbeiten nicht verfügbare Leistung g_1	v	870	1565	2635	4495	5690	6026	5706	5016	2394	810	305	95	35607
g_2	t	1085	1470	2825	4721	5845	6388	5969	5947	4231	2460	1450	605	42996
Wegen Betriebsausfällen nicht verfügbare Leistung h_2		1320	1475	1355	1340	1090	1325	1215	1060	1105	1575	1500	1510	
Gesamte nicht verfügbare Leistung $i_2 = g_2 + h_2$		2405	2945	4180	6061	6935	7713	7184	7007	5336	4035	2950	2115	
Überschuss oder Mangel (-) $j_1 = f_1 - g_1$	v	3013 1368	4499 3409	5610 4490	4931 3956	4562 3552	5462 4552	6042 4622	6171 5271	5151 4026	6033 4508	4846 2976	3324 1384	
$j_2 = e_2 - b_2 - i_2$		5829	6995	8873	7535	7086	7137	8059	10059	8576	10062	9807	7232	
Überschuss aus modernen Anlagen k_1	v	130 105	170 150	150 130	145 130	245 185	465 335	485 235	390 210	185 100	65 —	— —	— —	
k_2	t	—	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Mittlere Dauer der Nichtverfügbarkeit l_1	v	$l_1 = (g_1 \text{ Summe 1960} : e_2 \text{ Dez. 1959}) \times \text{Anzahl der Stunden pro Monat} = (35607 \text{ MW} \times \text{Monate: } 30634 \text{ MW}) \times 730 \text{ h/Monat}$												849 h
l_2	t	$l_2 = (g_2 \text{ Summe 1960} : e_2 \text{ Dez. 1959}) \times \text{Anzahl der Stunden pro Monat} = (42996 \text{ MW} \times \text{Monate: } 30634 \text{ MW}) \times 730 \text{ h/Monat}$												1025 h

 m = mittlere Wasserverhältnisse; s = schlechte Wasserverhältnisse; t = tatsächlich; v = voraussichtlich

vorausgeschätzten. Ein zusätzlicher Vergleich ergab, dass die Last der Wärmekraftwerke in manchen Monaten niedriger war als zur entsprechenden Zeit des Jahres 1959.

Höchstlast der Wärmekraftwerke im Jahre 1960 (in MW)

Tabelle IV

	Vorausschau		tatsächlich
	M	S	
Januar	22800	24700	22845
Februar	21100	22400	21304
März	19200	20700	18406
April	18100	19400	18013
Mai	17500	18700	17803
Juni	16700	17800	17194
Juli	16800	18300	17131
August	17300	18400	15308
September	20700	22200	18832
Oktober	21900	23800	18982
November	23500	26000	20322
Dezember	25500	27700	24057

M = Mittlere Wasserverhältnisse
S = Schlechte Wasserverhältnisse

5. Entwicklung der Engpassleistung der Wärmekraftwerke

Am 31. Dezember 1960 erreichte die installierte Engpassleistung der betrachteten Wärmekraftwerke 33 404 MW gegenüber 33 519 MW nach der Vorausschau. Sie nahm im Laufe des Jahres um rund 2800 MW entsprechend 9 % zu.

Die Niederlande blieben bei der Inbetriebnahme neuer Kraftwerke mit 200 MW im Rückstand, während in Deutschland 100 MW mehr in Betrieb genommen wurden als vorgesehen war.

6. Verwirklichung des Überholungsprogramms

Der Umfang der im Jahre 1960 durchgeführten Überholungsarbeiten lag etwa 20 % über dem vorausgeschätzten Wert (siehe Tabelle V), wobei allerdings zu bemerken ist, dass dieser Wert hauptsächlich auf eine Erhöhung bei der Bundesrepublik Deutschland um 49 % zurückzuführen ist. Dies ist damit zu erklären, dass in der Bundesrepublik Deutschland wegen der aussergewöhnlich guten Wasserverhältnisse und der das ganze Jahr über hohen Importleistungen zusätzliche Überholungsarbeiten durchgeführt werden konnten.

Fläche der Überholungsprogramme und Zeitdauer der Nichtverfügbarkeit

Tabelle V

	Vorausschau		Verwirklichung		Abweichung %
	MW × Monate	Stunden	MW × Monate	Stunden	
BR Deutschland	14440	865	21520	1289	+49,0
Österreich	1810	1793	1856	1838	+ 2,5
Belgien	3075	710	3210	741	+ 4,4
Frankreich	9100	755	9600	796	+ 5,5
Italien	2430	794	2240	732	- 8,5
Luxemburg	107	310	60	175	-43,5
Niederlande	4645	1040	4510	1010	- 3,0
Summe 7 Länder	35607	849	42996	1025	+20,7

Aus Tab. VI ist für die Länder zusammen der Verlauf der Vorausschau und der tatsächlichen Verhältnisse ersichtlich.

Wegen Überholungsarbeiten nicht verfügbare Leistung (in MW)

Tabelle VI

	Vorausschau	Verwirklichung	Abweichung
Januar	870	1085	+ 215
Februar	1565	1470	- 95
März	2635	2825	+ 190
April	4495	4721	+ 226
Mai	5690	5845	+ 155
Juni	6026	6388	+ 362
Juli	5706	5969	+ 263
August	5016	5947	+ 931
September	2394	4231	+1837
Oktober	810	2460	+1650
November	305	1450	+1145
Dezember	95	605	+ 510

7. Wegen Reparaturarbeiten nicht verfügbare Leistung

Aus Tab VII ist für die einzelnen Monate die tatsächliche Einsatzleistung der Wärmekraftwerke und die thermische Leistung ersichtlich, die wegen Schäden und den anschliessenden Reparaturen nicht verfügbar war. Gemessen an der Einsatzleistung schwankte die wegen dieser Reparaturen nicht verfügbare Leistung zwischen 5,7 und 8,3 %. Selbst der Höchstwert von 8,3 % ist noch sehr günstig, denn in den vergangenen Jahren hatten die Ausfälle einen Wert (zum Beispiel 1957) von 11 % erreicht.

Umfang der Reparaturen und Höchstlast der Wärmekraftwerke (in MW)

Tabelle VII

	Leistung in Reparatur a	Leistung im Einsatz b	Verhältnis % a: b
Januar	1320	22845	5,7
Februar	1475	21304	6,9
März	1355	18406	7,3
April	1340	18013	7,4
Mai	1090	17803	6,1
Juni	1325	17194	7,7
Juli	1215	17131	7,1
August	1060	15308	6,9
September	1105	18832	5,9
Oktober	1575	18982	8,3
November	1500	20322	7,4
Dezember	1510	24057	6,3

8. Überschuss an verfügbarer Leistung in den Wärmekraftwerken

Trotz der Stillsetzung von Erzeugungsanlagen zur Überholung über das vorgesehene Programm hinaus erreichte der Überschuss in den Wärmekraftwerken im zweiten Halbjahr auf Grund der aussergewöhnlichen Wasserverhältnisse sehr hohe Werte und betrug im August und Oktober rund 10 000 MW. Es ist jedoch zu bemerken, dass ein grosser Teil dieses Überschusses aus alten Anlagen stammt, die nicht sehr wirtschaftlich sind und die letzte Reserve darstellen. Die Höhe der Reserve ist auch damit zu erklären, dass in modernen Anlagen die Brennstoffersparnis bis zu einem bestimmten Grad höher ist als die finanzielle Belastung, so dass es im allgemeinen wirtschaftlicher ist, eine grössere Anzahl moderner Einheiten zu bauen, als für die Deckung der Last unbedingt notwendig wäre.

9. Zusammenfassung

- Die Höchstlast des Gesamtverbrauchs lag in allen Monaten, ausser Juni, August und November, über der Vorausschau oder deckte sich mit dieser. Der Zuwachs gegenüber 1959 war im Mittel der 12 Monate 10,9 % gegenüber 9,0 % nach der Vorausschau.
- Die Wasserverhältnisse lagen im ganzen Jahr über dem langjährigen Mittelwert; in Frankreich und Italien sind im zweiten Halbjahr für den Index aussergewöhnlich hohe Werte aufgetreten.
- Die Last der Wärmekraftwerke blieb im zweiten Halbjahr wesentlich unter den für mittlere Wasserverhältnisse vorausgeschätzten Werten, wobei die Abweichung für die betrachteten Länder zusammen bis zu 3200 MW erreichte.
- Die Engpassleistung der Wärmekraftwerke nahm um 2800 MW zu gegenüber 2900 MW nach der Vorausschau.
- Der Umfang der im Jahre 1960 in den Wärmekraftwerken durchgeführten Überholungen lag 20 % über der Vorausschau, was darauf zurückzuführen ist, dass in Deutschland der grosse Leistungsüberschuss für zusätzliche Überholungen ausgenutzt wurde.
- Die auf Grund von Schäden in den Wärmekraftwerken nicht verfügbare Leistung schwankte, gemessen an der Einsatzleistung der Wärmekraftwerke, zwischen 5,7 und 8,3 %.
- Der Leistungsüberschuss der Wärmekraftwerke war wegen der aussergewöhnlichen Wasserverhältnisse im zweiten Halbjahr sehr gross. Es ist jedoch zu bemerken, dass ein grosser Teil dieses Überschusses aus alten Anlagen stammt, die nicht sehr wirtschaftlich sind und die letzte Reserve darstellen.

Zahlen aus der schweizerischen Wirtschaft

(Auszüge aus «Die Volkswirtschaft» und aus
«Monatsbericht Schweizerische Nationalbank»)

Nr.		November	
		1960	1961
1.	Import (Januar-November) } 10 ⁶ Fr. { Export (Januar-November) }	885,9 (8 738,0) 766,7 (7 311,4)	1 062,2 (10 640,7) 827,5 (7 974,4)
2.	Arbeitsmarkt: Zahl der Stellensuchenden	1062	702
3.	Lebenskostenindex*) Aug. 1939 / Grosshandelsindex*) = 100 { Detailpreise*): (Landesmittel) (August 1939 = 100) Elektrische Beleuchtungs- energie Rp./kWh Elektr. Kochenergie Rp./kWh Gas Rp./m ³ Gaskoks Fr./100 kg	184,9 214,1 33 6,8 30 16,74	191,0 218,8 33 6,9 30 17,14
4.	Zahl der Wohnungen in den zum Bau bewilligten Gebäuden in 65 Städten (Januar-November)	2 706 (29 298)	2 483 (26 820)
5.	Offizieller Diskontsatz . . . %	2,0	2,0
6.	Nationalbank (Ultimo) Notenumlauf 10 ⁶ Fr. Täglich fällige Verbindlichkeiten 10 ⁶ Fr. Goldbestand und Golddevisen 10 ⁶ Fr. Deckung des Notenumlaufes und der täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold %	6 454,9 2 496,8 9 440,1 99,54	7 222,6 2 933,3 11 678,1 106,75
7.	Börsenindex Obligationen Aktien Industrieaktien	am 25. Nov. 99 794 1 054	am 24. Nov. 100 1 089 1 490
8.	Zahl der Konkurse (Januar-November) Zahl der Nachlassverträge . . . (Januar-November)	38 (426) 17 (119)	40 (477) 5 (65)
9.	Fremdenverkehr Bettenbesetzung in % nach den vorhandenen Betten . . .	Oktober 1960 22,5 1961 24,5	
10.	Betriebseinnahmen der SBB allein: Verkehrseinnahmen aus Personen- und Güterverkehr (Januar-Oktober) . . . } 10 ⁶ Fr. { Betriebsertrag (Januar-Oktober) . . . }	Oktober 1960 87,7 1961 (826,7) 95,0 (899,4)	94,0 (876,4) 101,5 (948,4)

*) Entsprechend der Revision der Landesindexermittlung durch das Volkswirtschaftsdepartement ist die Basis Juni 1914 = 100 fallen gelassen und durch die Basis August 1939 = 100 ersetzt worden.

Unverbindliche mittlere Marktpreise

je am 20. eines Monats

Metalle

		Februar	Vormonat	Vorjahr
Kupfer (Wire bars) 1) .	sFr./100 kg	285.—	285.—	278.—
Banka/Billiton-Zinn 2) .	sFr./100 kg	1174.—	1165.—	968.—
Blei 1)	sFr./100 kg	76.—	78.50	85.—
Zink 1)	sFr./100 kg	93.—	89.50	105.—
Stabeisen, Formeisen 3) .	sFr./100 kg	55.50	55.50	58.50
5-mm-Bleche 3)	sFr./100 kg	49.—	49.—	56.—

1) Preise franko Waggon Basel, verzollt, bei Mindestmengen von 50 t.

2) Preise franko Waggon Basel, verzollt, bei Mindestmengen von 5 t.

3) Preise franko Grenze, verzollt, bei Mindestmengen von 20 t.

Flüssige Brenn- und Treibstoffe

		Februar	Vormonat	Vorjahr
Reinbenzin/Bleibenzin 1)	sFr./100 lt.	42.—	42.—	37.—
Dieselöl für strassenmotorische Zwecke . . .	sFr./100 kg	39.75 ³⁾	39.75 ³⁾	32.65 ²⁾
Heizöl extra leicht . . .	sFr./100 kg	15.10 ³⁾	15.10 ³⁾	14.05 ²⁾
Heizöl mittel (III) . . .	sFr./100 kg	11.70 ³⁾	11.70 ³⁾	10.10 ²⁾
Heizöl schwer (V) . . .	sFr./100 kg	10.40 ³⁾	10.40 ³⁾	9.20 ²⁾

1) Konsumenten-Zisternenpreise franko Schweizergrenze Basel, verzollt, inkl. WUST, bei Bezug in einzelnen Bahnkesselwagen von ca. 15 t.

2) Konsumenten-Zisternenpreise (Industrie), franko Schweizergrenze Buchs, St. Margrethen, Basel, Genf, verzollt, exkl. WUST, bei Bezug in einzelnen Bahnkesselwagen von ca. 20 t. Für Bezug in Chiasso, Pino und Iselle reduzieren sich die angegebenen Preise um sFr. 1.—/100 kg.

3) Konsumenten-Zisternenpreise (Industrie), franko Schweizergrenze Basel, Genf, verzollt, exkl. WUST, bei Bezug in einzelnen Bahnkesselwagen von ca. 20 t. Für Bezug in Chiasso, Pino und Iselle reduzieren sich die angegebenen Preise um sFr. 1.—/100 kg und für Bezug in Buchs und St. Margrethen erhöhen sie sich um Fr. —.50/100 kg.

Kohlen

		Februar	Vormonat	Vorjahr
Ruhr-Brechokoks I/II 1) .	sFr./t	108.—	108.—	105.—
Belgische Industrie-Fettkohle				
Nuss II 1)	sFr./t	73.50	73.50	73.50
Nuss III 1)	sFr./t	73.50	73.50	71.50
Nuss IV 1)	sFr./t	71.50	71.50	71.50
Saar-Feinkohle 1)	sFr./t	69.50	69.50	68.—
Lothringer Koks, Loire 1) (franko Basel)	sFr./t	104.—	104.—	124.50
Französischer Koks, Loire 2) (franko Genf)	sFr./t	121.60	121.60	116.60
Französischer Koks, Nord 1)	sFr./t	122.50	122.50	118.50
Lothringer Flammkohle				
Nuss I/II 1)	sFr./t	76.50	76.50	75.—
Nuss III/IV 1)	sFr./t	74.50	74.50	73.—

1) Sämtliche Preise verstehen sich franko Waggon Basel, verzollt, bei Lieferung von Einzelwagen an die Industrie.

2) Franko Waggon Genf, verzollt, bei Lieferung von Einzelwagen an die Industrie.

Aus den Geschäftsberichten schweizerischer Elektrizitätswerke

(Diese Zusammenstellungen erfolgen zwanglos in Gruppen zu vierten und sollen nicht zu Vergleichen dienen)

Man kann auf Separatabzüge dieser Seite abonnieren

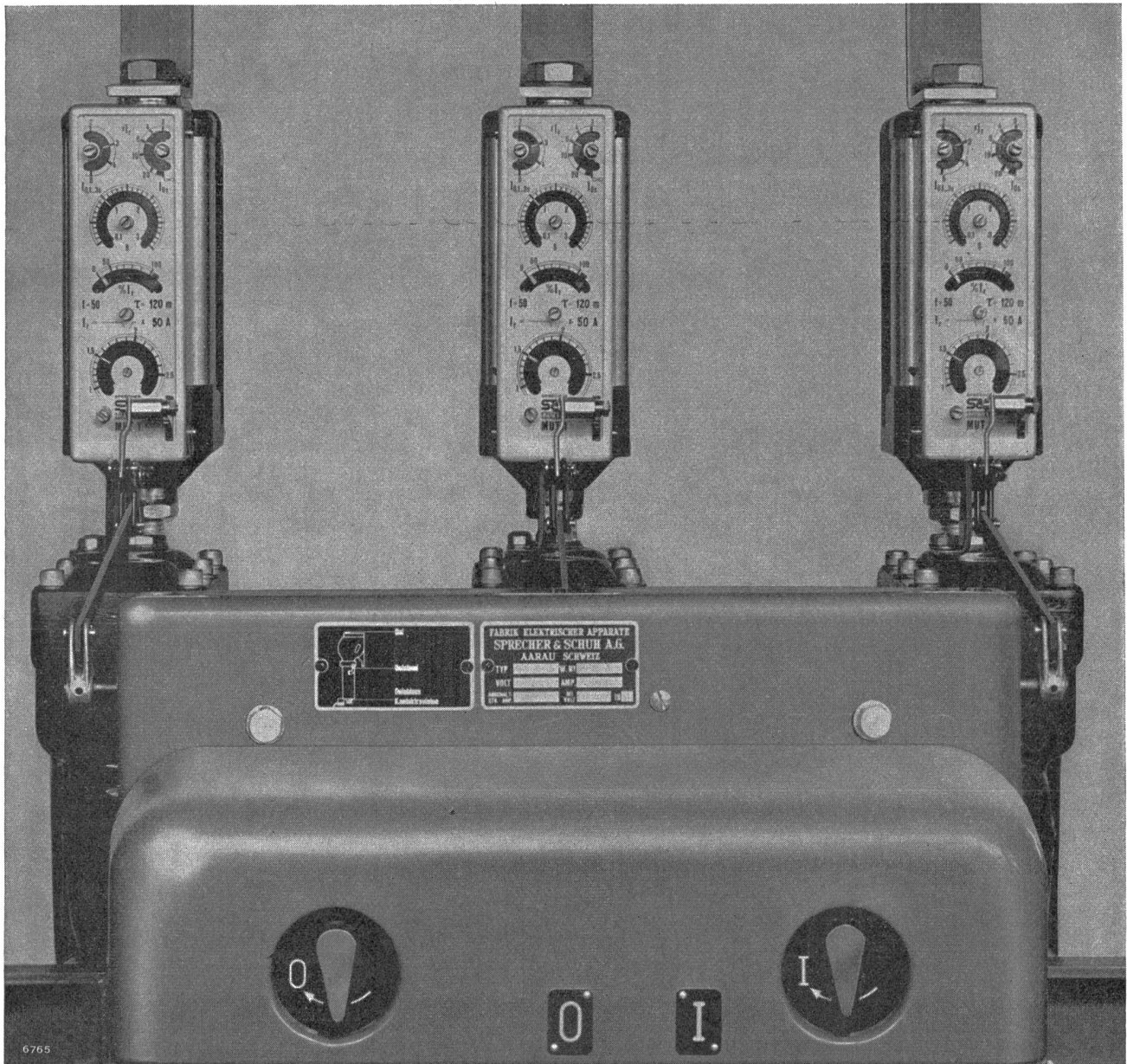
	Services Industriels de la Ville de la Chaux-de-Fonds		Elektrizitätswerk Horgen		Société des Usines de l'Orbe		Elektrizitätsversorgung Zollikon	
	1960	1959	1960	1959	1960	1959	1960	1958/59
1. Energieproduktion . . . kWh	23 057 000	20 196 390	1 062 800	808 530	7 491 600	6 830 000	—	—
2. Energiebezug kWh	34 553 600	33 458 500	26 259 400	23 779 224	1 509 000	1 531 100	16 029 150	15 402 400
3. Energieabgabe kWh	55 412 210	51 932 800	25 476 004	23 807 011	9 000 600	8 361 100	15 101 408	14 382 295
4. Gegenüber Vorjahr . . %	+ 6,7	+ 1,8	+ 15,3	+ 11,3	1,1	— 1,0	+ 4,76	+ 5,7
5. Davon Energie zu Ab- fallpreisen kWh	583 100	—	0	0	45 000	84 000	—	—
11. Maximalbelastung . . . kW	14 800	13 500	6 051	4 535	1 400	1 400	3 648	3 544
12. Gesamtanschlusswert . . kW	—	—	—	50 500	10 896	10 026	45 012	42 920
13. Lampen {Zahl	—	—	—	—	23 710	23 210	87 743	83 683
kW	—	—	—	—	784	746	4 445	4 243
14. Kochherde {Zahl	—	—	—	1 175	631	576	1 877	1 832
kW	—	—	—	7 050	5 289	3 904	14 332	13 898
15. Heisswasserspeicher . . {Zahl	—	—	—	1 360	690	653	3 442	3 295
kW	—	—	—	1 170	1 220	1 116	12 334	11 573
16. Motoren {Zahl	—	—	—	1 892	754	690	9 959	9 306
kW	—	—	—	2 650	1 525	1 314	3 229	2 993
21. Zahl der Abonnemente . . .	—	—	4 500	3 900	1 540	1 460	3 395	3 339
22. Mittl. Erlös p. kWh Rp./kWh	—	—	7,17	7,22	6,7	6,4	8,70	8 256
<i>Aus der Bilanz:</i>								
31. Aktienkapital Fr.	—	—	—	—	712 000	712 000	—	—
32. Obligationenkapital . . . »	—	—	—	—	425 000	450 000	—	—
33. Genossenschaftsvermögen . »	—	—	—	—	—	—	—	—
34. Dotationskapital »	5 000 000	5 000 000	3 198 037	3 126 623	—	—	—	—
35. Buchwert Anlagen, Leitg. »	159 719	474 199	2 555 005	2 440 005	1 222 000	1 219 000	877 034	982 226
36. Wertschriften, Beteiligung »	—	—	500	—	44 000	45 000	—	—
37. Erneuerungsfonds »	—	—	—	—	1 118 000	994 000	181 513	145 062
<i>Aus Gewinn- und Verlustrechnung:</i>								
41. Betriebseinnahmen Fr.	5 948 008	5 623 923	2 070 903	1 951 914	1 022 000	938 000	1 390 588	1 293 177
42. Ertrag Wertschriften, Be- teiligungen »	—	—	—	—	2 100	2 200	—	—
43. Sonstige Einnahmen »	433 808	514 454	—	—	325 000	330 000	—	—
44. Passivzinsen »	13 323	29 756	101 175	98 199	27 000	29 000	38 659	47 345
45. Fiskalische Lasten »	—	58 203	—	—	12 000	14 000	—	—
46. Verwaltungsspesen »	256 929	256 484	105 356	91 536	138 000	118 000	126 079	116 923
47. Betriebsspesen »	2 611 865	2 696 942	402 929	379 927	784 000	756 000	259 131	240 625
48. Energieankauf »	1 842 617	1 777 115	1 126 360	974 008	67 000	68 000	673 618	633 316
49. Abschreibg., Rückstell'gen »	639 035	232 112	218 944	299 124	183 000	169 000	293 099	274 966
50. Dividende »	—	—	—	—	46 280	42 720	—	—
51. In % »	—	—	—	—	6,5	6	—	—
52. Abgabe an öffentliche Kassen »	1 150 000	1 280 000	63 168	104 751	58 800	50 700	—	20 000
<i>Übersicht über Baukosten und Amortisationen</i>								
61. Baukosten bis Ende Be- richtsjahr Fr.	10 043 853	10 101 755	7 244 216	6 910 837	2 340 061	2 212 826	5 703 611	5 547 802
62. Amortisationen Ende Be- richtsjahr »	9 884 134	9 627 556	4 458 823	4 249 951	1 118 078	993 994	4 826 576	4 565 577
63. Buchwert »	—	—	2 555 005	2 440 005	1 221 983	1 218 832	877 034	982 226
64. Buchwert in % der Bau- kosten »	—	—	35,3	35,3	48	45	15,4	17,7

Redaktion der «Seiten des VSE»: Sekretariat des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke, Bahnhofplatz 3, Zürich 1.
Postadresse: Postfach Zürich 23, Telefon (051) 27 51 91, Postcheckkonto VIII 4355, Telegrammadresse: Electrunion Zürich.

Redaktor: Ch. Morel, Ingenieur.

Sonderabdrucke dieser Seiten können beim Sekretariat des VSE einzeln und im Abonnement bezogen werden.

Hauptstromauslöser MUT 1



Vollschutz durch Kombination zweier unabhängiger Auslösesysteme mit thermischer und stromunabhängiger Zeitcharakteristik

**Wirtschaftlichere Ausnutzung der Anlagenteile
Bessere Schutzmöglichkeit
Kleinere Staffelzeiten
Reduktion der Kurzschlußdauer
Extrem hohe Kurzschlußfestigkeit
Große Einstellbereiche
Einfache Einstellungen**

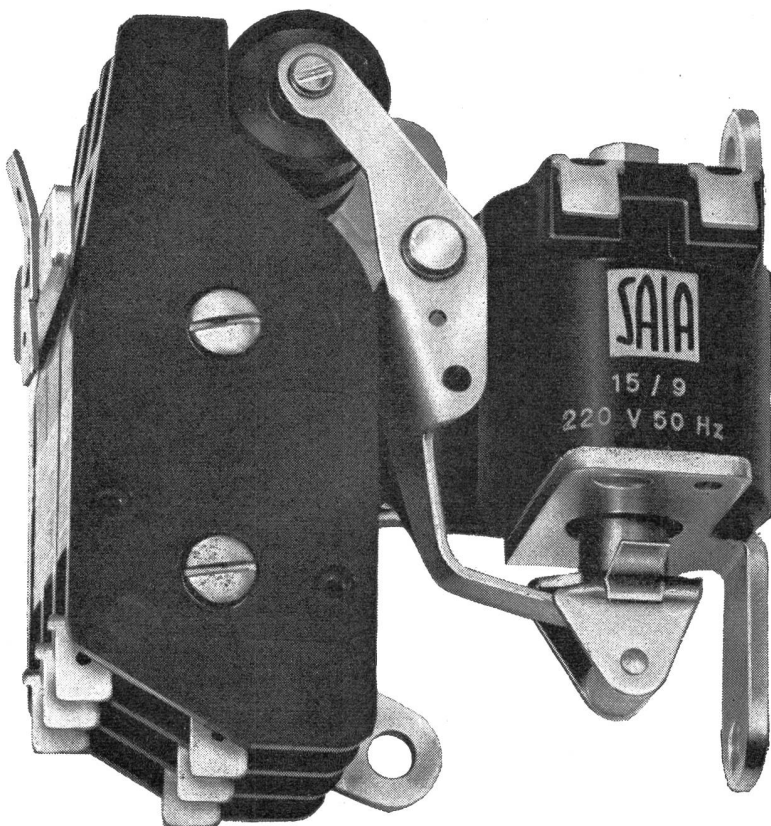


Sprecher & Schuh AG Aarau

noch besser + billiger



Schaltschütz SBR



brummfrei
minimales Prellen
kleine Leistungsaufnahme
hohe Schaltzahl

Neu

stoss-spannungssichere
Spule bis 8 kV

Befestigungslaschen für
Flach- und Hochkantmontage

Schraubklemmen oder
Steckanschlüsse

sämtliche Anschlüsse
gleichseitig

leichter,
kleinere Abmessungen

Saia AG Murten
Fabrik elektrischer Apparate
Tel. 037 - 7 27 75